

Münger, Christof: *Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-1963*. Paderborn: Ferdinand Schöningh Verlag 2003. ISBN: 3-506-77531-6; 404 S.

Rezensiert von: Gerhard Wettig, Kommen

Christof Müngers Buch beruht auf ebenso eingehenden wie sorgfältigen Recherchen in sehr zahlreichen amerikanischen, britischen, französischen und (west-)deutschen Archiven und auf umfangreichen Studien der Sekundärliteratur. Es ist hervorragend formuliert und daher trotz der behandelten komplexen Materie sehr gut zu lesen. Zugleich bietet es viele neue Einsichten. Sehr klar wird etwa die Rationalität der Nuklearpolitik de Gaulles dargelegt: Anders als seine Vorgänger an der Spitze Frankreichs betrieb er die atomare Rüstung, um die Rolle seines Landes nicht mehr innerhalb der NATO, sondern außerhalb derselben zu verstärken, weil er die Nachkriegsperiode als abgeschlossen ansah, so dass dem westlichen Bündnis nicht länger die bisherige Bedeutung zukam. Daraus ergab sich notwendig ein Spannungsverhältnis zu den USA. Anders sah die Differenz aus, die sich zwischen Washington und Bonn entwickelte: Die Bundesrepublik suchte ihre - auf internationalem Feld noch relativ schwache - Rolle innerhalb der NATO zu stärken, die ihr Schutz gewährte.

Wenn sich Adenauer gleichwohl mit de Gaulle zu gemeinsamer Ablehnung der amerikanischen Politik zusammenfand, so lag das an Kennedys Nachgiebigkeit gegenüber Chruschtschows Berlin-Forderungen. Dadurch wurden zentrale westdeutsche Schutzbedürfnisse missachtet. Der gut herausgearbeitete Manipulationscharakter der US-Informationen über den Stand des Gesprächs mit der sowjetischen Seite verstärkten den Widerstand. Obwohl die Wahrung der westlichen Position in Berlin allein von den USA abhing und Kennedy es an den nötigen Anstrengungen zu deren Behauptung nicht fehlen ließ, konnte er seine Berlin-Politik im Bündnis nicht durchsetzen. Sein Verhandlungskurs großen Entgegenkommens gegenüber der UdSSR rief in Bonn und Paris Widerstand hervor, und der Präsident machte

die Erfahrung, dass er dagegen nicht ankam, wenn er nicht auf die Allianz verzichten wollte.

Trotz aller Solidität und Brillanz ist die Darstellung nicht unproblematisch. Christof Münger identifiziert sich voll mit Kennedys Politik, die Lösung der Berlin-Krise auf jeden Fall auf dem Verhandlungsweg zu suchen, den Kalten Krieg durch Rüstungskontrollvereinbarungen mit der UdSSR zu überwinden und Chruschtschow deshalb sehr weitreichende Zugeständnisse in Berlin anzubieten. Das bestimmt nicht nur seine Bewertung des Vorgehens der Regierungen in London, Paris und Bonn, sondern auch seine Annahmen darüber, welche Erfolge der Präsident erzielt hätte, wenn er nicht von de Gaulle und Adenauer am Verfolgen seiner Linie gehindert worden wäre. Ohne dass Christof Münger eine nähere Kenntnis der sowjetischen Absichten hat, geht er davon aus, dass diese den Vorstellungen Kennedys entsprachen.

Christof Münger billigt Kennedy zu, dass seiner Politik - anders als der seiner inner-westlichen Gegner - die Einsicht in eine objektive Gegebenheit zu Grunde lag. Er habe mit seiner Bereitschaft zum Berlin-„Kompromiss“ die Konsequenz aus der „strategischen Epochenwende“ gezogen, dass die USA nicht länger unverwundbar gewesen seien. Aus diesem Grunde hätten es sich diese im Frühjahr 1961 nicht mehr leisten können, bei dem sich abzeichnenden Desaster der Kuba-Invasion an der Schweinebucht direkt mit eigenen Truppen einzugreifen. Auch nach Müngers Darstellung wusste der Präsident aber, dass das nuklearstrategische Instrumentarium der UdSSR noch minimal war und dieser daher kaum ein Kriegsrisiko erlaubte. In der Tat scheute Chruschtschow, wie Adenauer und de Gaulle richtig vermuteten, die Eventualität eines militärischen Konflikts. Die Berlin-Drohungen waren, wie inzwischen verfügbaren sowjetischen Archivdokumenten unzweideutig zu entnehmen ist, reiner Bluff. Kennedy freilich ließ sich - ebenso wie Macmillan - davon beeindrucken und bot Chruschtschow Regelungen an, die entgegen seiner Intention aller Wahrscheinlichkeit nach geeignet gewesen wären, die westliche Berlin-Position längerfristig unhaltbar zu machen. Eine Behörde beispielsweise, die den Zugang des Wes-

tens vom Votum schwacher, mithin pressionsempfindlicher neutraler Staaten abhängig gemacht hätte, hätte West-Berlin zunehmend östlicher Gewalt überantwortet. Dagegen haben sich de Gaulle und Adenauer gewandt. Das als Gegnerschaft zur Détente zu verurteilen, wie Münger es tut, ist doch recht fragwürdig.

Das Scheitern dieser Verhandlungsinitiativen Kennedys ist freilich nicht, wie Münger meint, nur auf die Gegner im NATO-Lager zurückzuführen. Vermutlich noch wichtiger ist, dass Chruschtschow, wie aus den sowjetischen Quellen hervorgeht, nie zu Entgegenkommen bereit war. Was ihm als „Kompromiss“ vorschwebte, lief stets nur auf eine zeitliche Streckung der Kapitulation hinaus, die er dem Westen zumutete. Selbst die am weitesten reichenden Angebote Kennedys blieben weit hinter dem zurück, was der Kremlchef akzeptierte. Dieser war faktisch die beste Unterstützung, die sich Adenauer und de Gaulle für ihren Standpunkt wünschen konnten. Hätte er zugegriffen, als Kennedy ihm etwa die Zugangsbehörde anbot, wäre es für Bonn und Paris schwer gewesen, die Übereinkunft hinterher in Frage zu stellen. Aber Chruschtschow bestand darauf, eine solche Behörde dürfe, falls sie überhaupt errichtet werde, das Recht der DDR auf volle Verfügung über die Verkehrswege nicht beeinträchtigen. Daher sollte sie nur formale Kompetenzen erhalten. Als Chruschtschow nach der Kuba-Krise einsehen musste, dass er seine Berlin-Ziele nicht durchsetzen konnte, blieb er unnachgiebig. In der Überzeugung, dass sich die Kräfteverhältnisse unausweichlich immer mehr zu sowjetischen Gunsten verschieben und damit irgendwann die Durchsetzung seiner Forderungen ermöglichen müsse, hielt er es für besser, auch ohne konkrete Verwirklichungsaussicht am ungeminderten Anspruch festzuhalten, als sich mit Teilerfolgen zufrieden zu geben und dafür auf anderes zu verzichten.

Die von Münger behauptete amerikanisch-sowjetische Berlin-„Übereinkunft“ von 1963 hat es nie gegeben; der Kremlchef verzichtete nach Ausweis einschlägiger Moskauer Dokumente nur zeitweilig darauf, die nach wie vor voll aufrechterhaltenen Forderungen momentan geltend zu machen. Aus der Luft ge-

griffen ist auch Müngers Ansicht, eine Anerkennung der DDR durch die USA hätte die Berlin-Krise beendet. Chruschtschow lehnte Ulbrichts Begehren, in einem ersten Schritt zunächst die Anerkennung durchzusetzen, ausdrücklich ab und machte dabei deutlich, dass ihm das - anders als die Vertreibung der Westmächte aus Berlin - ganz unwichtig war. Im Lichte nicht zuletzt der sowjetischen Quellen ist auch die Ansicht völlig abwegig, das Anfang Juni 1961 in den Wiener Gesprächen mit Kennedy vorgetragene Verlangen sei ein „Kompromissvorschlag“ gewesen, der - vermutlich weil sich Kennedy von Adenauer und de Gaulle bedrängt sah - als „Einigungschance“ bedauerlicherweise nicht aufgegriffen worden sei, was dann zur Errichtung der Mauer geführt habe. Was diese betrifft, so war, anders als Münger glaubt, der amerikanische Präsident nicht der unmittelbare Auslöser: Chruschtschow entschloss sich dazu nicht auf dessen Rede vom 25. Juli 1961 hin, in der er das Berlin-Interesse auf den Westteil der Stadt beschränkte, sondern hatte diese Entscheidung nach Ausweis sowjetischer und ostdeutscher Archivalien schon kurz vorher getroffen. Dass die USA unter Kennedy - anders zu den Zeiten Eisenhowers und Dulles' - diese Haltung einnahmen, hatte sich freilich schon im Frühjahr abgezeichnet.

Es scheint nahe liegend, eine Untersuchung der NATO-Innenbeziehungen nur auf Dokumente aus den Archiven der beteiligten Hauptakteure zu stützen. Anders als es sonst meistens der Fall ist, konnte Münger aber dabei nicht auf umfassende Studien über die Politik der gegnerischen Seite zurückgreifen. Er füllte die Lücke mit der Überzeugung, Chruschtschow habe sein Interesse in der gleichen Weise definiert wie Kennedy das seine. Obwohl USA und UdSSR das die Weltverhältnisse dominierende Gespann waren und sich damit objektiv in grundsätzlich gleicher Lage befanden, gingen jedoch ihre Interessenwahrnehmungen völlig auseinander. Die Annahme, Chruschtschow habe so wie sein amerikanisches Gegenüber die Philosophie der Rüstungskontrolle zum Leitstern seiner Politik gemacht und primär etwa die Nicht-Verbreitung von Kernwaffen im Auge gehabt, während die Berlin-Ziele nur ein „Bluff“ gewesen seien, um so seine „tatsächlichen Si-

cherheitsinteressen“ zur Geltung zu bringen (S. 80), führt ebenso zu Fehleinschätzungen wie die Ansicht, Kennedys Politik habe der objektiven Lage entsprochen, während der Widerstand de Gaulles und Adenauers bloßen Partikularinteressen geschuldet und damit unvernünftig gewesen sei. Für den Westen als Ganzen und damit auch für die USA war es ein Glück, dass Kennedy von beiden Verbündeten daran gehindert wurde, das westliche Bündnis zu ruinieren.

Anmerkung der Redaktion: Gerhard Wettig schließt zurzeit selbst ein Buch über die sowjetische Politik in der Berlin-Krise 1958-1963 ab.

HistLit 2004-2-052 / Gerhard Wettig über Münger, Christof: *Die Berliner Mauer, Kennedy und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe 1961-1963*. Paderborn 2003, in: H-Soz-Kult 22.04.2004.